

# Volkstimme

Einzelpreis 3000 M.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Verantwortlich: Robert Bauer, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pann-  
sch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 1. Fernsprech-Anschlüsse: Für Inverate Nr. 1567, für  
Rebellen Nr. 1794. Für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsstelle 2 Nachtrag, Seite 110. —  
Bezugspreis monatlich 140000 M. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich 135000 M.

Anzeigen-Grundpreise. Die 10spaltige, 2 Millimeter breite Doppelseite kostet 1,40 M., auswärts  
1,80 M.; Familienanzeigen und Stellenangebote 0,80 M.; Vereinsnachrichten 1,00 M.; die dreispaltige, 30 Millimeter  
breite Reklamezeile kostet 7,00 M., auswärts 9,00 M. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schlüsselzahl des  
Deutschen Buchdrucker-Vereins, jetzt 32000. Der gewählte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach  
Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Placatvorchriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 187.

Magdeburg, Dienstag den 14. August 1923.

34. Jahrgang.

## Die Regierung Cuno gestürzt.

### Als Opfer der Sozialdemokratie.

Die Reichsregierung der „bewährten Fachmänner“ ist am Sonntagabend 7 Uhr wegen Unfähigkeit zurückgetreten, nachdem sie sich die Versicherung von den Fraktionen des Reichstags eingeholt hatte, daß aus Gründen der innerpolitischen Ruhe schnell ein neues Kabinett gebildet werden muß. Der Reichspräsident beauftragte nach dem Rücktritt den Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann mit der Bildung der neuen Regierung. Stresemann nahm diesen Auftrag an und glaubt, bereits bis Montag mittag die Regierung gebildet zu haben und bis Montag nachmittag eine Regierungserklärung abgeben zu können. Ueber die Verteilung der einzelnen Portefeuilles besteht am Sonntagabend vollkommene Klarheit noch nicht. Die Sozialdemokratie erhebt Anspruch auf mindestens vier Ministerium, darunter vor allen Dingen ein politisches Ministerium.

Das der Sachverhalt, wie er sich am späten Abend des Sonntags herausgebildet hatte. Er ist dem Eingreifen der Sozialdemokraten zuzuschreiben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Nachmittag des Sonnabends ihr Programm aufgestellt, das weiter unten abgedruckt wird. Darin ist der Bassus enthalten, daß jeder Reichsregierung in dieser schweren Situation die Unterstützung der breiten Massen des Volkes unbedingt nötig ist. Die Regierung Cuno besitzt sie nicht. Also — so lautet die dort noch unausgesprochene Schlussfolgerung — hat sie zu gehen und einer andern Platz zu machen.

Cuno und seine „Fachmänner“ haben diesen Rippenstoß einen Tag später glücklich gewippt. Nach Rücksprache mit ihren politischen Vertrauensmännern in der bürgerlichen Mitte haben sie notgedrungen am Sonntagabend die Konsequenz gezogen und die „Fachmänner“-Flinten in den Graben geworfen.

Die Regierung Cuno sind wir los. Mit ihrem erzwungenen Rücktritt hat ein Ministerium sein Ende gefunden, das noch weit schlechter und unfähiger war, als das andre rein bürgerliche Kabinett — das Ministerium Fehrenbach-Simonis —, das sich die deutsche Republik hat gefallen lassen. Cuno ist vom ersten bis zum letzten Tage seiner Regierung in der Politik als ein Blinder und Tauber herumgetorkelt. Er war der Vertrauensmann der deutschen Wirtschaft; mit ihm hat die deutsche Bourgeoisie bewiesen, daß ihr alle Voraussetzungen und Fähigkeiten mangeln, um, allein auf sich gestützt, politisch nach innen wie außen regieren und lenken zu können.

Das Ergebnis der Cuno-Regierung ist der Bankrott. Unre Mark ist wertlos geworden, die innern Verhältnisse sind aufs äußerste zugespitzt, die Außenpolitik ist vollkommen verfahren. Gätte die deutsche Republik in den vergangenen neun Monaten eine Regierung gehabt, die die zum Regieren notwendigen Voraussetzungen besaß, dann wäre die katastrophale Entwicklung unsrer Verhältnisse, wie wir sie heute feststellen müssen, nicht eingetreten. Erst als es zu spät war, als dem jetzt zurückgetretenen Kabinett das Haus über dem Kopfe zusammenzubrechen drohte, wurde erkannt, daß durchgreifende radikale Maßnahmen notwendig waren.

Aber auch bei der Beschlußfassung dieser Maßnahmen ließ man sich führen, statt selbst Führer zu sein. Im wesentlichen wurde das sozialdemokratische Finanzprogramm akzentuiert und man erklärte sich bereit, weitere von gleicher Seite gestellte Forderungen zu erfüllen.

Wer kann zu einem derartigen Kabinett, das acht Monate lang verfaßt hat, in dessen Regierungszeit ein Sturz der Mark von 6000 auf 4 Millionen erfolgte, das selbst in unsrer höchsten Not nicht verstand, Führer zu sein, noch Vertrauen haben? Mit dem Nein sagen, wie es Cuno zu Anfang seiner Regentenschaft getan hat, kann man keine Politik machen. Auch wir unterschreiben die Notwendigkeit des passiven Widerstandes und denken nicht daran, auch nur den geringsten Teil deutschen Landes abzugeben. Gerade deshalb aber war eine Innenpolitik notwendig, die unsre äußere Politik unterstützte, die die Möglichkeit gab, den passiven Widerstand fortzuführen und nicht eine Politik, wie sie Cuno getrieben hat, die einen Wirtschaftskrieg mit Inflationssteuern führen wollte und die daher schließlich in drohenden innerpolitischen Unruhen ihr Ende finden mußte. Der Druck auf den Magen der einen und die Verzweiflung einer kleinen Schicht, hervorgerufen durch die

Politik des zurückgetretenen Kabinetts, mußte schließlich zu der Erregung führen, wie wir sie seit voriger Woche im ganzen deutschen Lande finden.

Cuno und seine gepriesenen Fachmänner sind daher mit vollem Rechte das Opfer des erregten Volkes geworden, das von der Sozialdemokratie geführt wird. Ihre Nachfolger sind allerdings um ihr Amt nicht zu beneiden. Sie übernehmen einen fast vollkommenen Bankrott, der nur noch durch die allerstärksten Maßnahmen auf steuerlichem Gebiet zu verhindern ist. Die neue Regierung wird deshalb keine Freude bei den besitzenden Schichten in Deutschland finden. Mancher Steuerdefraudant und Schieber wird in der Zukunft der Regierung Cuno noch oft nachjammern.

Die Periode der deutschen Politik, die jetzt beginnen wird, erfordert neben steuerlichen Maßnahmen insbesondere die Erfassung der Sachwerte, ohne die Deutschland nie seinen Etat in Ordnung bringen wird und ohne die eine Lösung des Reparationsproblems niemals möglich sein kann. Der neue Reichskanzler Stresemann hat sich nicht nur zur Durchführung dieses Programmpunktes der Sozialdemokratie verpflichtet, sondern auch den übrigen von unsrer Fraktion aufgestellten Forderungen, genau so wie alle bürgerlichen Fraktionen, zugestimmt. Unter diesen Umständen wird unsre Partei in das neue Kabinett eintreten. Sie will darüber wachen, daß ihrem Verlangen mit der Tat entsprochen wird.

Voraussetzung hierzu ist aber nicht nur ein Kabinett auf neuer Grundlage, sondern auch mit neuen Männern. Die Fachminister haben in Deutschland — das hat Herr Cuno bewiesen — vollkommen abgewirtschaftet, das Volk gibt keinen Heller mehr für diese Fachmänner, jetzt brauchen wir Politiker mit Mut und Fähigkeit, die dem drohenden Bankrott steuern, ein „Kabinett der Sachwert-Erfassung und der Erfüllungspolitik“.

### Das Programm der Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Sonnabend nachmittag zur Erörterung der allgemeinen politischen Lage zusammen. Nach einer mehrstündigen Debatte wurde folgender Beschluß mit großer Mehrheit angenommen:

„Die Fraktion hält angesichts der schweren außen- und innenpolitischen Situation eine vom Vertrauen der breiten Massen mitgetragene und unterstützte Regierung, die stärker ist als die gegenwärtige, für notwendig. Sie hat zur Regierung Cuno nicht das Vertrauen, diesen Voraussetzungen zu genügen.

Eine von der Sozialdemokratie zu unterstützende Regierung ist auf folgender Grundlage zu bilden:

Energische Durchführung der beschlossenen Finanzmaßnahmen.

Durchgreifende Finanzreform auf Grundlage der Heranziehung der Wirtschaft mit garantierter Belastung ihrer Sachwerte.

Währungsreform: Schnelle Eindämmung der Inflation, Goldkredite, Vorbereitung der Goldwährung.

Wertbeständige Löhne; wertbeständige, hinreichend erhöhte Sozialrenten und Erwerbslosenerstützungen.

Lösung der Reichswehr von allen illegalen Organisationsformen.

Außenpolitische Aktivität zur Lösung der Reparationsfrage unter voller Wahrung der Einheit der Nation und der Souveränität der deutschen Republik.

Antrag auf Anmeldung zum Völkerbund.“

### Der Verlauf der Krise.

Cuno geht und Stresemann kommt. Ob er sein Ministerium zusammenbringt und wie es zusammengesetzt sein wird, steht noch nicht fest. Fest steht nur, daß er für seine Person das sozialdemokratische Programm angenommen hat. Nun wird es sich zu zeigen haben, ob er genügend bürgerliche Politiker findet, die auf seinem Standpunkt stehen. Ausschlag dafür ist da, denn die bürgerlichen Fraktionen haben sich ebenfalls zu den sozialdemokratischen Forderungen bekannt.

Aber alle Dinge und Personen sind augenblicklich noch im Flusse, so daß wir unser Urteil über das werdende einstweilen zurückstellen. Dringender ist, eine Uebersicht über den Verlauf der Regierungskrise zu geben.

Nachdem das Kabinett Cuno den Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion erfahren, trat die Regierung der bewährten Fachmänner am Sonntag mittag zu ihrer letzten Sitzung zusammen. Nach einstündiger Dauer beschloß sie wohl oder übel ihren Rücktritt. Aber das Demissionsgesuch sollte dem Reichspräsidenten Ebert erst unterbreitet werden, wenn sich die Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft (Volkspartei, Zentrum und Demokraten) mit den Sozialdemokraten auf einen Kandidaten für den Reichskanzlerposten geeinigt hätten.

Alle Fraktionen hatten mittlerweile Sitzungen abgehalten. Nach dem Kabinettsbeschlusse empfing Cuno die Führer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zu einer längern Unterredung. Dann wiederum Parteiberatungen. Um 5 Uhr teilten die Führer der Arbeitsgemeinschaft Cuno mit, daß für den Fall seiner Demission sie sich geeinigt hätten, dem Reichspräsidenten als Kandidaten für den Reichskanzlerposten den volksparteilichen Führer Stresemann vorzuschlagen.

Cuno begab sich darauf zu dem Reichspräsidenten und überreichte ihm die Demission des Kabinetts, die angenommen wurde. Reichspräsident Ebert empfing sodann die Parteiführer, die ihm einstimmig Stresemann als Reichskanzler vorschlugen. Sonntagabend wurde Stresemann vom Reichspräsidenten zum Reichskanzler ernannt und mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

Stresemann nahm die Berufung an und begann sofort Verhandlungen über die Kabinettsbildung einzuleiten. Er verhandelte zunächst mit den Sozialdemokraten. Selbstverständlich befinden sich alle diese Verhandlungen noch im Anfangsstadium. Es steht noch nicht fest, wer die Posten des Kabinetts übernimmt.

Zeit scheint zur Stunde zu stehen, daß Genosse Hilferding Reichsfinanzminister wird. Die sozialdemokratische Fraktion hat ferner, wie die „Berliner Montagspost“ zu melden weiß, Kadbruch, der unter Wirth Reichsjustizminister war, wiederum für dieses Amt vorgeschlagen. Weiter schlägt sie Sollmann (Köln) oder Köster als Innenminister und Robert Schmidt oder Fackel als Arbeitsminister vor.

Aber, wie gesagt, außer den Namen Stresemann und Hilferdings sind alle Dinge noch im Flusse. Nichtsdestoweniger wurde in den Nachstunden die Hoffnung geäußert, daß sich das neue Kabinett, wenn auch erst in den Hauptposten besetzt und mit noch beträchtlichen Lücken, bereits Montag nachmittag um 3 Uhr im Reichstag vorstellen könne.

Die Politik des neuen Kabinetts ist durch die Bedingungen, die die Sozialdemokratie gestellt hat, hinreichend festgelegt. Sie geht vor allen Dingen auf energische Konsolidierung der innern Verhältnisse durch Belastung der Besitzenden aus, während der außenpolitische Kurs auf Erfüllung und Lösung des Reparationsproblems hinsteuern hat.

### Stresemanns Absichten.

Der neue Reichskanzler hat einem Vertreter der „Berliner Montagspost“ über seine politischen Absichten und den Verlauf der Krise Eröffnungen gemacht, deren wir folgendes entnehmen:

„Der Hauptanlaß zur Kabinettskrise hat die Entschiedenheit gegeben, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Sonnabend gefaßt hat. Für diese Entscheidung war vor allem die Anschauung leitend, daß Kabinett sei nicht mehr stark genug, um in der gegenwärtigen Situation die Führung zu behalten, und es sei notwendig, es durch ein neues zu ersetzen.“

Die Arbeitsgemeinschaft der Mitte hat Cuno in keiner Weise gedrängt. Nach am Sonnabendabend hat sie ihren Standpunkt zu der Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion dahin formuliert, daß durch ihn keine neuen Tatsachen geschaffen seien.

Cuno war durch die sozialdemokratische Resolution stark bedrückt. Am Sonntag mittag trat das Reichskabinett unter seinem Vorsitz zusammen und nahm den Bericht des Kanzlers entgegen. Die Sitzung endete mit dem Beschluß des Rücktritts.

Danach setzten sofort die Verhandlungen der Parteien ein. Im Laufe des Nachmittags empfing der Reichspräsident nacheinander die Führer der Sozialdemokraten, der Demokraten, des Zentrums und der bürgerlichen Volkspartei. Alle schlugen — Stresemann sagt: „wie mir berichtet wird, übereinstimmend“ — mich zum Kanzler vor. Um 10 1/2 Uhr am Sonntagabend erging vom Reichspräsidenten die Aufforderung an mich.

die Kabinettbildung zu übernehmen. Ich nahm den Auftrag an, nachdem die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei zuvor ihren Vorbehalt für diese Eventualität zur Annahme beibehalten hatte.

Gegenwärtig sind die Verhandlungen über die Bildung des neuen Kabinetts im Gange. Sie nehmen guten Fortgang. Wahrscheinlich wird es möglich sein, daß das neue Kabinett sich schon Montagabend dem Reichstag vorstellt. In diesem Falle würde die Abgabe der Regierungserklärung verbunden werden mit der ohnehin auf der Tagesordnung stehenden Beratung der Waldanleihe, damit keine Zeit verloren werde. Vielleicht wird das neue Kabinett bei der Vorstellung noch einige Lücken aufweisen, aber es wird aktionsfähig sein. Das ist erforderlich, denn die gespannte Lage erfordert vor allem rasche Bildung des Kabinetts.

Es gilt jetzt nicht, über die Vergangenheit zu reden. Wir wollen den Blick nach vorwärts richten und sofort an die Arbeit gehen! —

### Das Eingreifen der Sozialdemokraten.

Von dem „Sozialdemokratischen Parlamentsdienst“ wird uns geschrieben:

Ungeheure Not und Erbitterung erfüllt das Volk. Nur ein Gedanke befeelt die arbeitenden Massen: Wie ist es möglich, endlich einen festen Grund unter die Füße zu bekommen? Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Sonnabend einen Beschluß gefaßt, der in seinem ersten Teile, wo von dem Ministerium gegen die Regierung Cuno gesprochen wird, im ganzen Lande Beifall hervorruft, aber in seinem zweiten Teile bei einer Anzahl Parteigenossen auf Widerspruch stoßen dürfte.

Der Beschluß der Fraktion entstand aus dem Willen, den arbeitenden Massen unter eignen Opfern schnell zu helfen, nachdem die Regierung Cuno den Beweis geliefert hatte, daß von ihr auch in Zukunft trotz aller guten Rathschläge und Gesetze, die ihr der Reichstag gab, keine Hilfe zu erwarten ist. Eine Regierung, die noch nicht einmal weiß, genug Cuno-Mark bzw. Habenstein-Mübel drucken zu lassen und die so den Anlaß zu der augenblicklichen gefährlichen innerpolitischen Krise gab, kann nicht länger ihres Amtes wachen. Aber wenn man dieser Auffassung ist, wenn man der Ueberzeugung lebt, daß Cuno schuld an unserm Verhängnis hat und deshalb verschwinden muß, dann hätte es trotzdem keinen Sinn, ihn zu stützen, wenn nicht in der Absicht gehandelt würde, an Stelle der gestürzten Regierung eine Nachfolgerin zu setzen von starker Autorität und dem festen Willen, die Staatsgewalt zur Versorgung des darbenenden Volkes endlich in den Maß einzusetzen, wie es längst hätte geschehen müssen. Von diesem Gedankengang ist die sozialdemokratische Fraktion ausgegangen. Sie war sich der Verantwortung ihres Schrittes vollkommen bewußt und hat in ihrer übergroßen Mehrheit den Mut befaßt, aus ihm die Konsequenzen zu ziehen, die gerade eine republikanische Partei in der Republik, vor allem aber eine Partei von der Stärke der Sozialdemokratie ziehen mußte.

Der Beschluß, an einer starken Regierung auf breiter Grundlage mitzuwirken, ist gefaßt. Heute, wo das Volk nach Brot schreit, hat es deshalb keinen Zweck, noch weiter über Grundzüge zu streiten. Vertrauen der Parteigenossen zu der von ihr berufenen Führung ist in diesem Augenblick das wichtigste. Nicht Streit, sondern Vertrauen vermag ausschließlich die Position unserer Reichstagsfraktion in den kommenden Tagen zu stärken.

Schließlich müssen sich auch die Gegner der Koalition auf breiter Basis fügen, daß unsere Fraktion, die heute insgesamt 173 Abgeordnete zählt, in ihrer übergroßen Mehrheit nicht verantwortungslos handelt, sondern ihre Verhältnisse auf Grund politischer Erfahrungen und der Einbrüche faßt, die bei den Zentralisierungen in Berlin an Ort und Stelle gesammelt wurden. Es gab Zeiten, wo die vereinigte Fraktion mit einer ähnlichen Mehrheit, wie am Sonnabend, die große Koalition ablehnte, wo ein Teil der jetzigen Befürworter einer Regierung auf breiter Basis zu denjenigen gehörten, die überhaupt jeden Koalitionsgebunden verneinten. Glaubt jemand, daß die inzwischen erfolgte Veränderung in der Auffassung lediglich aus Selbstzucht und nicht aus politischen Zweckmäßigkeitsgründen erfolgte?

Eine Fraktion von der Größe und den verantwortlichen Verpflichtungen der Sozialdemokratie muß ihre Entscheidungen jeweils nach der politischen Zweckmäßigkeit fällen. Das hat jederzeit selbst die Unabhängige Partei, von der ein großer Teil dem Beschluß vom 11. August zugestimmt hat, zugeben müssen. Als im Jahre 1922 die verrückte Forderung an Rathenau erfolgte, hat die unabhängige Fraktion ihre grundsätzliche Gegnerlichkeit gegen den Koalitionsgebunden aufgegeben und beschlossen, unter bestimmten Voraussetzungen in der Reichsregierung gemeinsam mit bürgerlichen Parteien zu arbeiten. Auch hier war nicht die Sympathie für Marx vom Zentrum oder für die (Klein-)unabhängigen, sondern die Sorge um den Bestand der Republik und die Einsicht, daß man innerhalb der Regierung war, was in Gefahr war, besser schützen kann, als wenn man draußen steht und von Zeit zu Zeit an die Ministerien anpöcht.

Ist es heute anders? Heute steht viel mehr auf dem Spiel als damals! Mit dem Reich Deutschland ist das Wohl der Arbeiterschaft verbunden, ist das das eine, was das Land über sich in Gefahr. Deshalb hat die Sozialdemokratie das bekannte Finanzprogramm aufgegeben. Sie will retten, was noch zu retten ist, im Interesse der Republik und der Arbeiterschaft.

Ein wesentlicher Teil unserer Forderungen ist bereits gesetzlich festgelegt. Jetzt heißt es, diese Gesetze in der Verwaltung durchzuführen, vor allem die Erfüllung der Sachverhalte ebenfalls grundsätzlich und nach Art der Durchführung sowie der Höhe gesetzlich festlegen.

Als in Bremen vor mehr als Jahresfrist die große Koalition gebildet wurde, begab ein Teil unserer Genossen große Hoffnungen für den Bestand der Partei in

folge dieser taktischen Maßnahmen. Heute ist jeder Parteigenosse froh, daß Sebering im preussischen Ministerium des Innern sitzt und Otto Braun die Geschäfte des preussischen Staates leitet.

Wie in Preußen das Vorurteil gegen eine Regierung auf breiter Basis durch Taten unserer Minister widerlegt wurde, so dürften auch die Genossen, die immer noch der Auffassung sind, daß heute links der Wilhelmstraße nicht das möglich sein darf, was rechts der Wilhelmstraße längst überholt ist und worüber kein Mensch mehr redet, sich bald davon überzeugen, daß es im allgemeinen, gerade aber jetzt besser ist, in der Regierung zu fordern und zu handeln, als draußen nur zu fordern. —

### Die große Koalition.

Cuno's Ende hat also die große Koalition geboren. Das heißt, die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Volksparteikern in der Reichsregierung. In Preußen existiert diese Verbindung längst; für das Reich ist sie neu. In der Frage der großen Koalition scheiterte die Regierung Wirth. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte es im November des Vorjahres ab, mit Volksparteikern gemeinsam sich an den Regierungssitz der deutschen Republik zu setzen. Die Folge dieses Beschlusses war der Rücktritt Wirths und das Kommen Cuno mit seinen „Nachmännern“. Jetzt haben diese so gründlich abgewirtschaftet, wie eine Regierung der blanken Unfähigkeit nur abwirtschaften kann, und nun wird die große Koalition das Kabinett Cuno ablösen.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ empfiehlt diese Lösung in dem vorstehenden Artikel ohne Vorbehalt. So einfach, wie dort die Dinge aufgefaßt werden, liegen sie aber nicht.

In der Demokratie hat eine Arbeiterpartei so lange, wie sie die politische Macht noch nicht erobert, das heißt, die große Mehrheit der Bevölkerung nicht hinter sich gebracht hat, sich mit jeder bürgerlichen Partei zu koalieren, die eine bestimmte Wegstrecke mitmarschieren will. Nötigenfalls mit dem Teufel und seiner Großmutter, falls diese über eine parlamentarische Vertretung verfügen sollten. Entscheidend für die Frage der Koalition ist lediglich der sachliche Punkt: gehen die Koalitierten neben und miteinander zur Erreichung eines bestimmten Zieles, das vorher genau bestimmt wird.

Das innere politische Ziel ist seit dem November die finanzielle Sanierung der Republik, das äußere die Erfüllung der Ententeforderungen. Wirth wollte mit den Sozialdemokraten seines Kabinetts konieren wie erfüllen. Die Volkspartei als Vertreterin des Industriekapitals wollte es damals nicht. Sie betrieb Wirths Sturz, weil sie die Erfüllungspolitik ablehnte und die finanzielle Gesundung nicht wollte, die zum Teil auf Kosten ihrer Geldgeber und Wirtschaftskapitäne vorgenommen werden mußte. Mit einer so gearteten Volkspartei wollte die Sozialdemokratie sich nicht an einen Tisch setzen. Das Ergebnis wäre gewesen: die Sozialdemokratie hätte den Wagen vorwärts gezogen, die Volkspartei rückwärts. Der Sturz wäre stehen geblieben und die Sozialdemokratie hätte die ganze Verantwortung für Stillstand und Rückschritt vor dem Volke zu tragen gehabt.

Heute liegen die Dinge anders. Der parlamentarische Führer der Volkspartei hat das sozialdemokratische Programm reiflich angenommen. Das Ziel ist abgeklärt. Wie dahin können die Koalitierten zusammengehen, vorausgesetzt, daß das Wort Stresemanns gehalten wird. Darüber zu wachen ist leicht für die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder. Ein Einleiten ist nicht möglich.

Wohl aber ist etwas anderes möglich. Der Beschluß Stresemanns, seiner Fraktionsmehrheit und der übrigen bürgerlichen Fraktionen der Mitte ist geboren worden aus der Angst. Sie sind Opfer der Cuno'schen Unfähigkeit und der skandalösen Vereicherungspraktik, die der volksparteiliche „Nachmann“ Becker für seine industriellen wie agrarischen Massenrinder geführt hat. Solange die Angst anhält, unterdrücken sie alle Bedingungen, die die Sozialdemokratie ihnen stellt. Sie haben die Forderungen der Arbeiterpartei gestrichelt, während sie im März sich noch vor lumpigen Millionen gedrückt haben. Sie erklären sich auch bereit, den Sachverhalt anzupacken und die bisher geübte Substanz anzurühren, nur ihnen das Haus über dem Kopf zu schweben beginnt.

Aber die Angst wird vergehen. In einigen Tagen wird ruhige Ruhe eintreten. Und dann werden viele von ihnen mutig wieder die Nase aus dem Industriesentner stecken und erklären: fällt uns ein, wir geben nichts. Andre werden die Gefahr noch nicht für beseitigt halten und die Dornen des Volkspartei ist da. Stresemann wird in böse Anämien kommen.

Sagen wir nicht, daß außer Stresemann auch Stinnes der volksparteilichen Reichstagsfraktion angehöre. Er hat die wirtschaftliche Kraft, der Aufsichtsrat Stresemann nur das flüchtige Fundament. In einem Stamme werden beiden werden Stinnes und die Seinen glänzen. Wie die Ausbeutungsfreiheit nicht mehr so arg bedroht ist wie in diesen Tagen. Denn das deutsche Unternehmertum hat sich seit dem November nicht verändert. Es ist kein jedes National- und Staatsgefehlis, es denkt nur an die eigene Vereicherung und die Stillung der Profitlust seiner Klasse. Es will vom Staat erhalten werden, deshalb nennt es sich koalitionsfähig. Die paar Ausnahmen, die es da und dort geben mag, befähigen nur die Regel.

Indem in das deutsche Unternehmertum blind und taub für politische und soziale Notwendigkeiten. Es verfolgt keinen Ausbeutungs- und Vereicherungssteg wie der Stier: mit geschlossenen Augen und geblästem Kopf. Nur die größte, gleichsam veränderte Bedrohung vermag es gelegentlich einmal zu bewegen, die Augen zu öffnen und sich die Befürchtung anzusehen, die das blindwütige, egoistische Lachen anrichtet.

Ein solcher Moment ist in diesen Tagen der animalische Not eingetreten. Sowie sie vorübergezogen, werden die Verängstigten wieder den Mut zur brutalen Selbstsucht zurückgewinnen und dann wird das Ringen in der Volkspartei beginnen.

Die große Koalition ist daher weit mehr eine Belastung für die Volkspartei als für die Sozialdemokratie, in der weite Kreise dieser taktischen und vorübergehenden Verbindung bisher abgeneigt waren. In dem Augenblick, in dem Stinnes über Stresemann steigt, ist nicht nur dieser gewandte Phrasen, sondern auch die große Koalition erledigt. Schreiber dieses hält dafür, daß die Wendung bald kommen wird, zumal die deutschnationalen Fraktion auf den rechten volksparteilichen Flügel von heute an schon einen starken Druck ausüben wird. Haben wir bis dahin die Sachwertbesitzenden stark zur Aber gelassen und die entsprechenden Vorlagen unter Gesetzesdach gebracht, gut. Dann würde die große Koalition mit einem erheblichen finanziellen und wirtschaftlichen Plus geendet haben. Wird die schwerindustrielle und agrarische Opposition schon vorher so stark, daß die gesetzliche Verabschiedung der Sachwertvorlagen unmöglich gemacht oder auch nur sträflich verzögert wird, dann kündigt die Sozialdemokratie die Koalition ab und gibt dem Volke den dokumentarischen Nachweis, daß mit Vertretern der deutschen Industrie nicht zu regieren ist.

Unsere Meinung ist die, daß dieses Ende kommen wird. Deshalb waren wir Gegner der großen Koalition. Aber wir erkennen an, daß die Fraktion in dieser Stunde, in der die entsetzlichste Not uns auf den Händen brennt, nicht anders handeln konnte, wie sie gehandelt hat. Nachdem das sozialdemokratische Programm von dem volksparteilichen Führer angenommen worden war, muß der Versuch einer Kabinettbildung mit ihm gemacht werden. Es steht noch nicht fest, ob und wie sie gelingt und ob und wie eifrig dann die neue Regierung das sozialdemokratische Programm zur Durchführung bringen wird.

Davon werden dann die weiteren Schritte und Maßnahmen der Sozialdemokratie abhängen, die nur einen Zeitpunkt kennt: die Rettung des deutschen Volkes und der deutschen Republik! —

### Blutige Opfer.

In Lübeck fand am Donnerstag eine öffentliche sozialdemokratische Versammlung statt, in welcher der mecklenburgische Ministerpräsident Genosse Stellung sprach. Als die Versammlungsteilnehmer nach Schluß der Versammlung am Rathaus vorbeizogen, verlor die dort stehende Polizei den Kopf und griff zur blanken Waffe. Es wurden etwa 20 bis 30 Personen verletzt.

Die Lübecker Polizei lieferte am Sonnabend einen zweiten Beweis ihrer mangelhaften Erziehung, deren Folgen entsetzlich sind. Bei einer in diesen Tagen wirklich nicht seltenen Ansammlung löste sich das Gewehr eines Polizeibeamten. Dadurch gerieten die andern Beamten so in Aufregung, daß sie zum Gewehr griffen und in die Menge feuerten. Sogar eine Handgranate wurde geworfen. Zehn Opfer, darunter Frauen und Kinder, blieben auf dem Platze.

Die Betriebe stellten darauf die Arbeit ein. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie machten nun kurzen Prozeß, sie riefen den Ordnungsdienst auf, forderten die Zurückziehung der kopflos gewordenen Polizei, und nach Bewilligung dieser Forderung übernahmen die sozialdemokratischen Ordner den Sicherheitsdienst. Die Stadt ist seitdem ruhig.

Ueber blutige Zusammenstöße in Ober- und Nieder-Schlesien geht uns folgender Bericht zu: In Ober- und Niederschlesien kam es zu schweren Teurungsunruhen. In Kattowitz vertrieben die Arbeiter die Betriebe, um gegen die Zurückhaltung von Lebensmitteln und Vieh durch die Landwirte zu protestieren. Die Teilnehmer einer Demonstration kamen in Konflikt mit der Schutzpolizei, der zu Schießereien führte und wobei die Menge einen mit Handgranaten beladenen Wagen der Schutzpländerte. Es folgte eine regelrechte Schießerei. Auch Handgranaten wurden benutzt. Eine Anzahl von Läden, darunter mehrere Waffenläden, wurden geplündert. Bisher sind vier Tote festgestellt worden.

In Neurode im niederschlesischen Bergbaugebiet kam es am Freitag und Sonnabend ebenfalls zu schweren Teurungsunruhen. Die Zahl der Toten wird auf 13 geschätzt. Die Behörden haben überall sofort eingegriffen, und der neue Oberpräsident von Oberschlesien, Dr. Proské, hat dabei die zwangsweise Eintreibung von Viehbeständen zugefagt.

Im Waldenburger Industriebezirk kam es zu schweren Ausschreitungen. Der dortige Landrat, ein Sozialdemokrat, wurde von der Menge mißhandelt und mußte flüchten.

In Strefeld haben Haufen junger Kommunisten die Befolgung der Generalfreiparole dadurch zu erzwingen versucht, daß sie die Betriebe kirmten, die Angestellten, Ingenieure und Direktoren verjagten und die Betriebe nach italienischem Muster „entzogen“. Wo sich die Arbeiter mit diesen Methoden nicht einverstanden erklärten, wurden sie ebenfalls vertrieben. Als versucht wurde, auch das Rathaus zu „besetzen“, kam es zu Schießereien mit der Polizei, bei denen es vier Tote und vierundzwanzig Verwundete gab. Eine Anzahl Läden geplündert wurden ausgeräumt.

In Rothhausen bei Gelsenkirchen wurde einem Polizeibeamten die Pistole entzogen und erschossen. In den Abendstunden wurde ein einzelnes Polizeirevier belagert, die Telefonverbindungen abgeschnitten, die Fenster eingeworfen. Schließlich wurden auch noch Schüsse gewechselt. Die Zahl der Opfer auf beiden Seiten wird auf fünf Tote und zehn Verwundete angegeben. Einige Läden wurden in der Nacht geplündert.

In Hannover kam es am Sonnabend zu Plünderungen und Plünderungsversuchen. Als ein Waffenladen ausgeleert wurde, griff die Polizei ein. Es wird von 3 Toten und 40 Verletzten berichtet.

Aus Staßfurt wird von Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und Stahlhelmleuten berichtet. Ein Arbeiter soll erschossen, ein Stahlhelmer totgeschlagen worden sein. —

Steuerberatungen.

In der Sonnabend-Sitzung des Reichstags-Steuer-

Dann trat der Ausschuss in die Beratung des Gesetzes über

Die sozialdemokratischen Vertreter stimmten diesem Vorschlag

Die Belastung der Landwirtschaft.

Vor der Steueraussschuss in die Beratung der

Finanzminister Herr Mes: Ich würde die Motive dieses

Herrn Kahmann (Soz.): Zu den Vorschlägen will ich

Der Ausschuss begann dann die erneute Beratung der

Schleier (Dt.-natl.): Wir sind nicht mit leeren Tischen

Herr Herrsch (Dem.) schlägt vor, für die ersten 3 Monate

Herr Herrsch (Soz.): Wir halten es aus wirtschaftlichen

Herr Herrsch (Soz.): Das wichtigste ist die Einheitslichkeit

Herr Herrsch (Soz.): Ich würde auch die Herren von der

Herr Herrsch (Soz.): Ich würde auch die Herren von der

Die Lohnsummensteuer und die Frage der Belastung der

Keine Zeitungen in München.

In einer stark besuchten Versammlung der Münchner

feien gegen die andauernde maßlose Drangsalierung

Wegen des ständigen Verbots der „Münchner Post“ ist

Während die Mitteilung der „Münchner Post“ über die

Dollar letzter Kurs in Neuport 2857 000 Mt. Montag mittag zirka 4 000 000 Mt.

Generalstreik-Parole.

Die Kommunisten haben die Parole „Generalstreik“

Die Generalstreikpropaganda wird natürlich in ganz

Im mitteldeutschen Braunkohlengbiet wird zum Teil

Im Ruhrland sind die Bergarbeiter zum Teil im

Ganz tolle Dinge haben sich die Kommunisten im

Im allgemeinen wird erst der Verlauf des Montag zeigen,

Der Sonntag ist in Berlin vollkommen ruhig ver-

Mitteilung an unsere Inserenten! Die für die Berechnung der Anzeigenblätter maß-

Meldungen von der Ruhr.

Freigabe der Lebensmittelzufuhr. Auf den Antrag der britischen Besatzungsbehörde

Die Essener Bomben. Seit der Entdeckung des Sprengpakets, das in einer

hatte sich bedächtlich gemacht, weil er bei der Tat

Wieder lange Gefängnisstrafen. Vom französischen Kriegsgerecht in Werden wurden

Notizen.

Forderungen deutscher Ernährungsminister. Die Ernährungs-

Die Löhne der Reichsarbeiter. Am Donnerstag wurden

Geld für die Beamten. Vertreter des Allgemeinen deutschen

Goldlohn in Danzig. In vorläufigen Verhandlungen ist

Die „Rote Fahne“ beschlagnahmt. Die Berliner Polizei

Der Gewaltakt der Hamburger Werftbesitzer. Auch die

Depeschen.

Ende des Danziger Streites. Ab. Danzig, 13. August. In einer Vertrauensmänner-

Veröffentlichung der englischen Dokumente. \* London, 13. August. Die englische Regierung hat

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

Neu erschienen: Wendel: August Wendel. Ein Lebensbild zum

# Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches

Zinsen und Rückzahlung reichsgesetzlich sichergestellt durch die Gesamtheit der deutschen Privatvermögen.

Das Reich beabsichtigt, eine wertbeständige Anleihe mit 12jähriger Laufzeit auszugeben. Die Anleihe, welche auf den Gegenwert von Dollars lautet, soll dazu dienen, der Bevölkerung ein wertbeständiges Anlagepapier zur Verfügung zu stellen. Die Anleihe ist von der Börsenumsatzsteuer befreit. — Selbstgezeichnete Anleihe ist von der Erbschaftsteuer frei. Um den Zinsenbedarf für eine Anleihe bis zu 500 Millionen Mark Gold zu decken, sieht ein von der Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegter Gesetzentwurf die Ermächtigung für die Reichsregierung vor, Zuschläge zur Vermögenssteuer zu erheben. Die Rückzahlung des Kapitals erfolgt nach 12 Jahren. Zur besonderen Sicherung der Kapitalrückzahlung ermächtigt der Gesetzentwurf die Reichsregierung, die einzelnen Vermögenssteuerpflichtigen nach dem Verhältnis ihres steuerbaren Vermögens zur Aufbringung des Kapitalbedarfs heranzuziehen. Es haften also für Kapital und Zinsen dieser Anleihe anteilig die gesamte deutsche Wirtschaft, Banken, Handel, Industrie, Landwirtschaft sowie jeder, der über steuerpflichtiges Vermögen verfügt. Die Anleihe ist bei den Darlehnskassen des Reiches beleihbar. Die Einführung zum Börsenhandel erfolgt sofort nach Ausgabe der Stücke.

## Bedingungen

### Die Zeichnung findet vom 15. August ab statt.

#### 1. Zeichnungsstelle, Annahmestellen

Bestimmung über den Zeichnungsschluss bleibt vorbehalten. Zeichnungsstelle ist die Reichsbank. Zeichnungen werden bei der Zeichnungs-Abteilung der Reichsbank, Berlin C 2, Breite Straße 8/9 (Postfachkonto 96300), und bei allen Zweiganstalten der Reichsbank mit Kasseneinrichtung entgegengenommen. Die Zeichnungen können auch durch Vermittlung der Staatsbanken der Länder und ihrer Zweiganstalten, der Preuß. Central-Genossenschaftskasse in Berlin sowie sämtlicher im amtlichen Prospekt angegebener Geldinstitute und ihrer Zweiganstalten erfolgen. In diesem Falle entstehen hinsichtlich der Lieferung der Stücke und der Zahlung des Zeichnungspreises Rechtsbeziehungen nur zwischen dem Zeichner und der Annahmestelle.

#### 2. Einteilung, Zinsenlauf, Einlösung der Anleihe.

Die Anleihestücke und die Zinscheine lauten auf Mark in der Weise, daß 4,20 M. gleich 1 Dollar sind. Die Anleihe ist ausgefertigt in Stücken von 4,20 M. = 1 Dollar, 8,40 M. = 2 Dollar, 21 M. = 5 Dollar, 42 M. = 10 Dollar, 105 M. = 25 Dollar, 210 M. = 50 Dollar, 420 M. = 100 Dollar, 2100 M. = 500 Dollar, 4200 M. = 1000 Dollar.

Die Anleihestücke von 4,20 M., 8,40 M. und 21 M. werden ohne Zinscheine ausgegeben; sie werden am 2. September 1935 mit einem Aufgeld zum Nennwert von 70 vom Hundert eingelöst.

Die Anleihestücke von 42 M. und darüber sind mit Zinscheinen versehen, zahlbar jährlich einmal am 1. September. Der Zinsfuß beträgt 6%. Der Zinsenlauf beginnt am 1. September 1923. Der erste Zinschein ist am 1. September 1924 fällig. Die Rückzahlung des Kapitals erfolgt am 2. September 1935 zum Nennwert.

Die Stücke sowie die Zinscheine werden in Mark eingelöst, wobei der Dollar zu dem Durchschnitt der amtlichen Berliner Notierung des Mittelfurses für Auszahlung New York in der Zeit vom 15. Juli bis 14. August einschließlich umgerechnet wird. Der Einlösungskurs wird amtlich bekanntgegeben.

#### 3. Zeichnungspreis, Einzahlung.

Der Zeichnungspreis beträgt, soweit die Zeichnung in einer der nachstehend bezeichneten Devisen erfolgt, bis auf weiteres 95%, für die Einzahlung in Mark bis auf weiteres 100%; eine Erhöhung des Zeichnungspreises bleibt vorbehalten. Die Einzahlung muß am Tage der Zeichnung gelistet werden. Bei Überweisung von Markbeträgen gilt als Zeichnungs- und

Zahltag der Tag, an dem die Uebersetzung bei der Annahmestelle zur Gutschrift gelangt. Für Markzahlungen wird der Dollar umgerechnet zu dem letzten vor dem Zeichnungstag notierten amtlichen Berliner Mittelfurs für Auszahlung New York. Von Devisen (Noten, Schecks, Auszahlung) sind zur Einzahlung zugelassen amerikanische Dollars, Pfunde Sterling, holländische Gulden, schweizerische Franken, nordische Kronen, spanische Peseten, argentinische Pesos, japanische Yen. Die Kosten der Einziehung der Valutenschecks sind von den Zeichnern zu tragen. Bei Zahlung mit Valutenschecks werden die üblichen Laufzinsen in Abzug gebracht. Das Wertverhältnis der einzelnen Währungen zum Dollar wird für die Zwecke der Einzahlung besonders bekanntgegeben und ist bei den Annahmestellen zu erfahren.

Spitzenbeträge werden in Mark vergütet, und zwar bei eingereichten Noten zum Mittelfurs für Auslandsauszahlung der letzten Berliner Notierung vor dem Zeichnungstag alsbald, bei Schecks und Auszahlungen erst nach Eingang der Gutschriftsanzeige aus dem Ausland und zum Kurse des Tages, an dem die Gutschriftsanzeige bei der Reichsbank in Berlin eingeht.

Dollarzinsanweisungen werden zum Nennwert zusätzlich der jeweiligen Zinsen von 1/2 Prozent im Monat (im Monat August) zu 102 Prozent) wie Dollars in Zahlung genommen.

Voranmeldungen werden angenommen. Sie sind am ersten Zeichnungstage zu berichtigen, und zwar, soweit die Einzahlung in Mark erfolgt, zu dem für diesen Tag maßgebenden Kurse, soweit sie in Devisen erfolgt, zu den bei den Annahmestellen zu erfahrenden Umrechnungskursen. Bei der Zeichnung findet keine Verrechnung von Stückzinsen statt; an ihre Stelle treten gegebenenfalls Erhöhungen der Zeichnungskurse.

Gezeichnete und bezahlte Beträge gelten als voll zugeteilt, solange die Zeichnung nicht geschlossen ist. Wünsche wegen der Stückelung sind in dem dafür vorgesehenen Raum auf der Vorderseite des Zeichnungsscheines anzugeben. Werden derartige Wünsche nicht zum Ausdruck gebracht, so wird die Stückelung von den Annahmestellen nach ihrem Ermessen vorgenommen. Späteren Anträgen auf Abänderung kann nicht stattgegeben werden.

Die Anleihestücke werden mit Verschleimung hergestellt werden. Mit der Ausgabe wird Mitte September dieses Jahres begonnen werden. Zwischenhefte sind nicht vorgesehen.

Ist die Zahlung mit Scheck oder Auszahlung erfolgt, so werden die Stücke erst nach Werteingang geliefert.

#### 4. Zuteilung der Stücke.

#### 5. Ausgabe der Stücke.

Berlin, im August 1923.

\*) Die Prospekte sind bei allen Banken, Bankiers, Sparkassen und ihren Verbänden sowie Kreditkassensystemen erhältlich.

## Reichsbank-Direktorium

Habenstein.

v. Grimm.

**Händler und Private**  
erhalten die höchsten Tagespreise für  
**Bücher, Lumpen, Papier, Alt-Eisen, Alt-Metalle**  
bei  
**R. Schulze & Co.**  
Friedrichstraße 2. Parfümerie 2.

**Notweinflaschen zu M. 3500**  
kauft Adobe, Bismarckstr. 11.

**Weima-**  
**Eiswaffeln**  
Gebr. Weis, Magdeburg  
Bismarckstr. 223 - Friedrichstr. 622.

**Homböpp. Kranken-**  
**Behandlung**  
K. A. Lamm, Große Steinstraße 4, 1 St.  
Gegen alle Krankheiten. 12 St.  
Sonntags 9-11, 2-6 Uhr, Sonntags 11-1 Uhr.

**Industriestrom**  
**Gold**  
F. H. H. H. H.  
Bartsch  
Katharinenstr. 11  
3 Treppen  
Korn Leber!

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Sitzungstag Magdeburg, 25  
Dienstag den 15. August, abends 7 Uhr,  
bei Saalze.

**Betriebsrat i. Garmersleben.**  
Sitzungstag: Freitag: Sitzungnahme  
zur Generalversammlung, Betriebsrat.  
Mittwoch den 15. August, nachm. 4 1/2 Uhr,  
im „Kornleber“.

**Große Betriebsmännerversammlung.**  
Sitzungstag: Freitag: Sitzungnahme  
zur Generalversammlung, Betriebsrat.  
Mittwoch den 15. August, abends 8 Uhr,  
bei Saalze.

**Betriebsrat für Biederitz.**  
Sitzungstag: Freitag: Sitzungnahme  
zur Generalversammlung, Betriebsrat.  
Dienstag den 15. August, abends 7 1/2 Uhr,  
im „Kornleber“.

**Städtische Generalversammlung.**  
Sitzungstag: Freitag: Sitzungnahme  
zur Generalversammlung, Betriebsrat.  
Dienstag den 15. August, abends 7 1/2 Uhr,  
im „Kornleber“.

**S. Freund**  
Magdeburg, Kl. Münzstraße 3

**Großhandlung u. Spezialsortierung in**  
**Alt-Papier, Flaschen**  
**Säcken und Metallen**

**Ständiger Ankauf in jed. Menge**  
zu den höchsten Tagespreisen.

**Kostenlose Abholung durch meine Gespanne.**  
Telephon 7729.

**Standesamts-Nachrichten.**  
Magdeburg-Altstadt.  
Todesfälle. 13. August. Werner, E. D.  
Klempners Johann Bod. 11 J. Altst. Gertr.  
ried Brademann, Garmersl. 72 J. Po. omitt.  
führer Otto Helmert, 47 J. Kaufmann Kurt  
Wesemeyer, 39 J. Schloffer Richard Schröder,  
50 J. Emma geb. Windt, Ehefrau des Kanlei-  
teretärs Heinrich Walbaum, 48 J. Fra. unebel.  
lich, 16 J. Wesserschmid August Lehner, 67 J.

Magdeburg.  
Todesfall. 11. August. Bäckermeister Gustav  
Kühnemann 57 J.

Magdeburg-Eudenburg.  
Todesfälle. 11. August. Gertrud Bolber,  
ledig, 77 J. Dorothee geb. Weitemer, Ehefrau  
des Arbeiters Wilhelm Rose, 54 J. Karoline  
geb. Fuchs, Ehefrau des Postausbelegers Kurt  
Feldmann, 66 J. Kaufmann Albert Hammer-  
mann 51 J.

**Zurückgekehrt**  
**Dr. Schattmann**  
**Alt-Metalle**  
Eisen:  
sowie Lumpen, Papier, Flaschen usw.  
kauft zu höchsten Tagespreisen  
**Emil Vohl** Knochenhauerstr. 77/78,  
dicht am Johannisberg.

Keine Fleischnot!!  
In handeltisch. St. Gehalt.  
Es ist frisch, herzlich, unter.  
Fr. 0,02, Knochen- 0,10, 2  
Zahle höchste Pr. 1. Woche. | Halberstädter Str. 75